

Girl's Day 2004 rückt näher

Zum dritten Mal jährt sich die luxemburgische Version des internationalen Girl's Day. Anders als beim deutschen Nachbarn wird der Mädchentag aber nicht am 22. April, sondern erst am 6. Mai stattfinden. Einen Tag lang sollen Mädchen in frauenuntypische Berufe reinschnuppern können, in der Hoffnung, sie vielleicht eines Tages für den Beruf der Ingenieurin oder der Mechanikerin zu gewinnen. Da sich die Stadt Luxemburg aber offenbar sorgt, Jungs könnten bei derlei Aktivitäten zu kurz kommen, soll erstmals auch dem vernachlässigten Geschlecht die Gelegenheit gegeben werden, umgekehrt typische Frauenjobs kennen zu lernen. Sicherlich finden sich dafür Frauen, die fachkundig demonstrieren, wie Windeln gewickelt, Haare geschnitten oder Böden gefeudelt werden.

Öko öde?

Manchen luxemburgischen EuropaparlamentarierInnen ist die Umwelt offensichtlich nicht sehr wichtig. Das jedenfalls legt eine europaweite Auswertung des Abstimmungsverhaltens der EP-Abgeordneten nahe, welche die Umweltorganisation Friends of the Earth im Hinblick auf die bevorstehenden EP-Wahlen im Juni vorgenommen hat. An elfter Stelle hinter Frankreich und Belgien, aber noch vor Deutschland und Schlusslicht Großbritannien sind die LuxemburgerInnen platziert. Dass Luxemburg nicht weiter unten in der Hitliste rangiert, ist vor allem dem grünen Abgeordneten Claude Turmes und Colette Flesch von der DP zu verdanken. Sie stimmten neun bzw. acht Mal für eine umweltfreundliche Regelung. Absolutes Schlusslicht bei der Hitparade des umweltfreundlichen Votierens: Astrid Lulling von der CSV.

Holland bald verschwunden

Das grönländische Inlandeis droht komplett zu schmelzen. Ursache ist die Klimaerwärmung durch Treibhausgase. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie, die vor kurzem in der britischen Zeitung Nature veröffentlicht wurde, meldet Greenpeace international. Weil mit dem Abschmelzen des Eises der Meeresspiegel steigt, würden große Teile der Niederlande bis zum Jahr 2100 überflutet, so die ForscherInnen. "Das heißt, der regionale Temperaturanstieg in den Arktis ist schlimmer als befürchtet", kommentiert Karsten Smid das Ergebnis der Studie. Der Greenpeace-Klimaexperte weist auf ein weiteres Risiko hin: "Wenn die Schmelzwasserzuströme aus der Arktis dramatisch zunehmen, könnte das eine Verlangsamung oder Absenkung des Golfstroms zur Folge haben." Im schlimmsten Fall könnte das Schmelzwasser ein Umkippen des Golfstroms auslösen: Statt Jahrhundertssommer wäre langfristig "eine Kältewelle mit unabsehbaren Folgen" möglich.

Irak steht vor humanitärer Katastrophe

Angeichts der zahlreichen Entführungen von AusländerInnen im Irak fordern immer mehr Regierungen ihre Staatsangehörigen auf, das Land zu verlassen. "Die Lage im Irak ist miserabel. Das haben sich die Koalitionstruppen jedoch leider selbst eingebrockt - denn als sie den Irak angriffen, hatten sie keine gut ausgeklügelte Strategie für danach in der Tasche. Was jetzt dort geschieht, ist eine humanitäre Katastrophe", sagte Nicole Schuweiri, Sprecherin der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Die Gewalt eskaliert, so dass sich auch die Hilfsorganisationen gezwungen sehen, ihre MitarbeiterInnen aus der Krisenregion abzuziehen. "Wir hoffen, die Lage entspannt sich wieder soweit, dass es möglich ist, unsere Arbeit in Bagdad fortzusetzen. Eine vollständige Einstellung der Hilfsprojekte wäre für die irakische Bevölkerung eine schlimme Entwicklung", heißt es in einer Pressemitteilung der Aktion Deutschland Hilft, nachdem am vergangenen Montag der letzte deutsche Helfer das Land verlassen hat. Auch die luxemburgische NGO Handicap International hat wegen der Sicherheitslage ihre Hilfsdienste derzeit eingestellt.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Wer hat Angst vor Transparenz

Der Mouvement écologique wundert sich, dass luxemburgische Europaabgeordnete einen kritischen Bericht zur EIB ablehnen.

(extern) - Am vergangenen 6. April wurde im Wirtschafts- und Finanzausschuss des Europaparlaments in Brüssel ein Bericht der italienischen Abgeordneten Monica Ridruejo abgelehnt, in dem eine transparentere Subventionspolitik der europäischen Hausbank EIB verlangt wurde. Dazu muss gesagt werden, dass die Europäische



Auch Donald hat keinen Schimmer, woher Dagoberts Moneten kommen und wohin sie gehen.

Investitionsbank mit öffentlichen Geldern arbeitet und im Verwaltungsrat die EU-Finanzminister das Sagen haben. In diesem Bericht wurde die EIB lediglich dazu aufgefordert internationale Standards bei der Geschäftsführung und der Offenlegung der Zuwendungen an das Management zu übernehmen, so wie sie in jeder privaten Gesellschaft üblich sind.

Mehr als befremdend ist die Tatsache, dass auch der Luxemburger Europaparlamentarier Robert Goebbels gegen ein Mehr an Transparenz optierte.

Dass Reformen notwendig sind, ist Umwelt- und Sozialen Organisationen seit Jahren bewusst: Es wurden bereits mehrere Kampagnen durchgeführt, damit endlich Umwelt- und Sozialkriterien bei der Verteilung der Gelder der Investitionsbank berücksichtigt werden sollten. Auch der Mouvement Ecologique hat sich an diesen Kampagnen beteiligt. Dies ist noch immer nicht der Fall, so dass zum Teil Projekte gutgeheißen werden, die in keiner Form den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen.

Fünf Mitgliedern des Ausschusses - darunter Robert Goebbels - ist es gelungen, 125 Änderungsanträge zu unterbreiten, die zu einer totalen Verwässerung der Endfassung des Berichtes geführt haben. Befremdend ist dabei die Haltung "unseres" Ausschussmitglieds

Goebbels, der beantragte, 28 der 32 Paragraphen des Berichts zu streichen. Er leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung von mehr Transparenz in der EIB. Fragt sich nur warum? Der Berichterstatlerin blieb zum Schluss der Diskussion keine andere Wahl, als gegen die Endfassung ihres eigenen verwässerten Vorschlags zu stimmen.

Fragt sich, ob diese Stellungnahme von Goebbels auch von der Luxemburger sozialistischen Partei getragen wird. Auf jeden Fall aber zeigt dieses Votum erneut in aller Deutlichkeit die Bedeutung, dass EU-ParlamentarierInnen von ihrer Partei sowie auch Vertreter der Regierung von der Abgeordnetenkammer bei wesentlichen Entscheidungen explizit mit einem Mandat beauftragt werden müssten. Dieser Forderung wird der Mouvement écologique im Rahmen der Nationalwahlen erneut Ausdruck verleihen.

Mouvement écologique

NETZSTREIK

Copyright-Krieg in der EU

Die Netzwerkgeneration ist außer sich: Die geplanten Software-Patente der EU-Kommission kriminalisieren freie Softwares wie etwa Linux. Am Mittwoch wurde deshalb in Brüssel demonstriert.

(ik/heise.de) - Sie klingt ganz harmlos und auf den ersten Blick erscheint sie sinnvoll: die geplante Richtlinie zum "geistigen Eigentum" von EU-Kommission und Ministerrat. Ursprünglich sollte das verschärfte Urheberrecht die Flut an Raubkopien eindämmen, doch was als Sanktionsinstrument gegen Produkt- und SoftwarepiratInnen verkauft wird, bedroht inzwischen die Freiheit und Innovation einer ganzen Branche: der Softwareentwicklung. Offizieller Beginn der "heißen Phase" im Copyright-Krieg war der 9. März 2004. Damals gaben die EU-ParlamentarierInnen mehrheitlich grünes Licht für ein umstrittenes Regel-

werk zum "geistigen Eigentum", das als Vorlage für die Ratsrichtlinie gilt, die indirekt auch die Patentierbarkeit von Software vorsieht. Geht es nach dem Ratsentwurf könnte künftig also einE Software-AutorIn für Produkte verklagt werden, die er/sie völlig selbstständig entwickelt hat - wenn jemand anderer die zugrundeliegenden Ideen bereits hat patentieren lassen. Die Folge: Viele freie Softwares und deren UserInnen werden kriminalisiert, während finanzkräftige Großkonzerne sich ihre Ideen patentieren lassen und somit ihre Macht im Bereich Softwareentwicklung weiter ausbauen können. Doch nicht nur Netz-

werkaktivistInnen laufen gegen die Richtlinie Sturm. Auch BürgerrechtlerInnen und Wirtschaftsexperten warnen vor den Folgen. Das Copyright-Regime werde zum Innovationsblocker, so lautet die Kritik. Sie verweisen zudem auf die Verflechtung zwischen IndustrielobbyistInnen und Politik. Pikantes Detail: Mit Janelly Fourtou wurde ausgerechnet die Gattin des Bosses des Medienkonzerns Vivendi zur Berichterstatlerin und zur Vollstreckerin der Richtlinie berufen.

Nachdem das Regelwerk zunächst sang- und klanglos vom Europaparlament verabschiedet wurde, lediglich begleitet von einer kleinen Protestdemo von BürgerrechtlerInnen, ist nun eine Gegenbewegung entstanden. An vergangenen Mittwoch starteten die Aktionstage mit einer Demo unter dem Motto "No Software Patents - Power to the Parliament". Hauptorganisator ist der Förderverband für eine freie informationelle Infrastruktur (FFII), der seit langem zu den schärfsten Kritikern der EU-Richtlinie zur Patentierbarkeit "computerimplementierter Erfindungen" zählt. Mit dem Protestmarsch unterstützte der Verband die Haltung des Europaparlaments in Fragen von Softwarepatenten. Die wollte kleinere "interoperable" Lösungen auch bei patentgeschützten Anwendungen zulassen, der Europäische Ministerrat allerdings mauert. Die Demo wurde begleitet von einer Online-Protestaktion: Der FFII hat die Netzwerkgemeinde aufgefordert, ihre Netzdependancen bis Mittwoch zu "schließen".

Quelle: heise.de/tp/



Sehen so Verbrecher aus? Die US-Softwarefirma SCO behauptet, der Linux-Quellcode sei teilweise von ihr geklaut.